

Erik Vollmann / Tobias Zumbrägel

Die Erfindung des Wir: Ideelles Identitätsmanagement als Legitimationsstrategie Saudi-Arabiens

1. Einleitung¹

Die Mitglieder des Golfkooperationsrates² werden spätestens seit den geopolitischen Verwerfungen 2011 als neues Zentrum der Macht innerhalb der arabischen Welt empfunden. Saudi-Arabien kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, weshalb es Politikwissenschaftler als »autokratisches Gravitationszentrum« in der Region beschreiben.³ Die Bedeutung des Königreiches besteht nicht nur aufgrund seiner demographischen, ökonomischen, militärischen und geopolitischen Relevanz, sondern auch in den aktiven Bemühungen, sich als neue Führungsmacht in der islamischen Welt zu etablieren. Verglichen mit anderen Staaten der Region schienen die Protestwellen an dieser größten der Golfmonarchien nicht nur weitgehend abzuprallen. Vielmehr etablierte sich Saudi-Arabien – wenngleich offiziell vermittelt über den GKR – als Schutzmacht anderer Staaten, allen voran Bahrains.⁴ Zwar gibt es eingehende Forschungsarbeiten zum Königreich, dennoch fehlt ein breiter wissenschaftlicher Diskurs.⁵ Das hängt vor allem damit zusammen, dass Daten fehlen, beziehungsweise nicht öffentlich zugänglich sind und Feldforschung bis vor einigen Jahren nahezu unmöglich war.⁶ In diesem Aufsatz versuchen wir, uns dem Phänomen saudischer Regimestabilität auch unter Bezugnahme auf im Feld erhobene Daten zu nähern.⁷

- 1 Die Autoren danken den beiden anonymen GutachterInnen für ihre sehr konstruktiven und hilfreichen Hinweise.
- 2 Bestehend aus: Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Oman.
- 3 Marianne Kneuer / Thomas Demmelhuber, »Gravity Centres of Authoritarian Rule: A Conceptual Framework« in: *Democratization* 23, Nr. 5 (2016), S. 775-796; Marianne Kneuer / Thomas Demmelhuber / Raphael Perresson / Tobias Zumbrägel, »Playing the regional card: why and how authoritarian gravity centres exploit regional organisations« in: *Third World Quarterly, online first* (2018), DOI: <https://doi.org/10.1080/01436597.2018.1474713>.
- 4 Kneuer / Demmelhuber / Perresson / Zumbrägel, *Playing the regional card*, aaO. (FN 3).
- 5 Beispielsweise: Steffen Hertog, *Princes, Brokers, and Bureaucrats. Oil and the State in Saudi Arabia*, Ithaca 2010; Tim Niblock, *Saudi Arabia: Power, Legitimacy and Survival*, London/ New York 2006.
- 6 Bernard Haykel / Thomas Hegghammer / Stéphane Lacroix: »Introduction« in: Dies. (Hg.), *Saudi Arabia in Transition. Insights on Social, Political, Economic and Religious Change*, Cambridge 2015, S. 1-12.
- 7 Der folgende Beitrag wurde maßgeblich durch drei Feldforschungsaufenthalte in Riad, Saudi-Arabien im November/Dezember 2016 und März 2017 sowie in Manama, Bahrain und in Kuwait-City, Kuwait im Oktober/Dezember 2017 im Rahmen des DFG-Projekts »Gravitations-

Die bisherige Literatur verweist primär auf die exzeptionellen Herrschaftsstrukturen der arabischen Halbinsel als dominanten Erklärungsansatz für diese politische Stabilität.⁸ Betont werden vor allem drei Stabilitätsfaktoren, die zur Folge hatten, dass es in Saudi-Arabien nur begrenzte Proteste gab: (1) der Rohstoffreichtum aus Öl und Gas und die staatlichen Subventionen an die Bevölkerung, die mit der Ressourcenfrage in enger Wechselwirkung stehen; (2) die Einbindung großer Teile der Eliten und Familien in klientelistische Netzwerke und (3) der verstärkte Rückgriff auf die Unterstützung internationaler Allianzen.⁹

Diesen Aspekten ist eine hohe Erklärungskraft zuzurechnen. Im Zuge volatiler Ölpreise mit der Folge gravierender Haushaltsdefizite und zunehmender Spannungen mit den USA als engstem Verbündeten in den letzten Jahren begründet sich die saudische Resilienz aber nicht ausschließlich in diesen Faktoren. Vielmehr untersuchen wir in diesem Artikel die Instrumentalisierung identitätsstiftender Legitimationsquellen durch das saudische Regime, denen eine maßgebliche Bedeutung für die monarchische Stabilität zukommt.

Wir rücken Strategien der Identitätsbildung in den Fokus, um über das Konzept der Legitimation zu Erkenntnissen über die Stabilität des saudischen Herrscherhauses zu gelangen. Aus empirisch-analytischer Perspektive stellt Legitimität einen wesentlichen Bestandteil eines jeden politischen Systems dar und ist eine Voraussetzung für Systempersistenz. Legitimation wiederum bezeichnet den Prozess zur Erlangung ebendieser.¹⁰ Unsere konzeptionelle Herleitung bezieht sich auf Überlegungen Marianne Kneuers über autokratische Legitimationsstrategien. Sie differenziert in performanz- (Output), partizipations- (Input) sowie identitätsbezogene Legitimation (nach Kneuer »Wir-Identität«).¹¹ Wir betrachten Identität als grundlegende Dimension, da sie gesellschaft-

zentren autoritärer Herrschaft« beeinflusst. Insgesamt wurden 17 Interviews mit saudischen Experten und Forschern, in Kuwait weitere 14 Interviews mit Experten und Forschern sowie weitere 7 in Manama geführt. Die Namen der Gesprächspartner wurden auf deren Bitten anonymisiert.

- 8 Für einen ausführlichen Überblick: Keith M. Dowding / Richard Kimber, »The meaning and use of »political stability«« in: *European Journal of Political Research* 11 (1983), S. 229–243.
- 9 Gregory Gause / Sean Yom, »Resilient Royals: How Arab Monarchies Hold On« in: *Journal of Democracy* 23, Nr. 4 (2012), S. 74–88; Paul Aarts, »The Longevity of the House Saud: Looking Outside the Box« in: Oliver Schlumberger (Hg.), *Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes*, Stanford 2007, S. 251–270; für einen breiteren Zugang vgl. André Bank / Thomas Richter / Anna Sunik, »Long-term monarchical survival in the Middle East« in: *Journal of Arabian Studies* 4, Nr. 2 (2014), S. 163–179.
- 10 Marianne Kneuer, »Die Suche nach Legitimität. Außenpolitik als Legitimationsstrategie autokratischer Regime« in: Steffen Kailitz / Patrick Köllner (Hg.), *Autokratien im Vergleich*, PVS Sonderheft 47, Baden-Baden 2013, S. 205–236; Oliver Schlumberger, »Opening Old Bottles in Search of New Wine. On Nondemocratic Legitimacy in the Middle East« in: *Middle East Critique* 19, Nr. 3 (2010), S. 233–250.
- 11 Kneuer, Die Suche nach Legitimität, aaO. (FN 10). Kneuer wiederum bezieht sich auf eine von Fritz W. Scharpf für Demokratien entwickelte Konzeptionalisierung, vgl. Fritz W. Scharpf, *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt am Main 1999; Fritz W. Scharpf, *Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats*, MPIfG Working Paper 04/6, Köln 2004.

lichen Zusammenhalt und Loyalitäten erst konstituiert. Außerdem dient sie zur Kompensation von Defiziten der anderen Legitimitätsdimensionen. Im Mittelpunkt dieser Legitimationsstrategie werden Leitideen und Wertvorstellungen von den Herrschenden geprägt oder umgedeutet (Legitimitätsanspruch), um die Erwartungshaltung der Bevölkerung zu erfüllen (Legitimitätsglaube).¹² Wir bezeichnen diese Strategie als ideelles Identitätsmanagement. Symbolische Handlungen und die verwendeten Diskursmuster ideeller Legitimationsstrategien verfolgen laut Kneuer zwei Ziele: Sie simulieren nicht nur eine Responsivität seitens der Regierenden (»plebiszitäre Rückkopplung«), welche die unzureichende Input-Dimension auszugleichen versucht, sondern fördern zudem eine breite Anerkennung innerhalb der Bevölkerung sowie die Identifikation von Schlüsselgruppen mit dem Regime.¹³ Hierbei ergänzen wir die beiden in der Literatur dominanten identitätsstiftenden Legitimationsquellen Saudi-Arabiens (1) Religion und (2) neo-traditionelles Ordnungsgefüge¹⁴ durch eine weitere Säule: die Konstruktion (3) nationaler Feindbilder (*Othering*). Diese nehmen in der gegenwärtigen Politik des Landes eine zentrale Rolle ein, bleiben in der Forschung aber weitgehend unberücksichtigt.

2. Das Wir gewinnt: Zur Relevanz ideeller Legitimationsstrategien

Das Konzept der Legitimität gehört seit der Antike zu den Grundbegriffen des politischen Denkens und ist stark mit der Frage nach »guter« oder »richtiger« Regierungsführung verknüpft. Als »Vater« eines empirisch-analytischen Legitimitätsbegriffes gilt jedoch Max Weber¹⁵, in dessen »Bannkreis«¹⁶ sich die wissenschaftliche Debatte des Phänomens bis heute befindet. Obgleich bereits bei Weber nichtdemokratische Herrschaftsformen als legitimitätsfähig diskutiert wurden, dominierte in der vergleichenden Systemforschung lange Zeit ein normativ-theoretisches Verständnis.¹⁷ Dies implizierte inhärente Vorteile von Demokratien im Legitimitätswerb, teilweise bis zum Gleichsetzen von Legitimität und Demokratiehaftigkeit (bzw. Demokratiequalität). So bezeichneten Allen Buchanan und Robert O. Keohane beispielsweise Demokratien als

12 Uwe Backes, »Vier Grundtypen der Autokratie und ihre Legitimationsstrategien« in: Steffen Kailitz / Patrick Köllner (Hg.), *Autokratien im Vergleich*, PVS Sonderheft 47, Baden-Baden 2013, S. 162-180, S. 166.

13 Kneuer, Die Suche nach Legitimität, aaO. (FN 10), S. 210.

14 Claudia Derichs / Thomas Demmelhuber, »Monarchies and Republics, State and Regime, Durability and Fragility in View of the Arab Spring« in: *Journal of Arabian Studies* 4, Nr. 2 (2014), S. 180-194, S. 190; Christopher Davidson, *After the Sheikhs. The coming collapse of the Gulf monarchies*, London 2013, S. 13.

15 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft – Grundriß der verstehenden Soziologie*, Frankfurt a.M. 2008 [1922].

16 Wilhelm Hennis, »Legitimität« in: Peter Graf Kielmansegg (Hg.), *Legitimationsprobleme Politischer Systeme*, Wiesbaden 1976, S. 9-38, S. 13.

17 Für einen Überblick vgl. Karin Glaser, *Über Legitime Herrschaft. Grundlagen der Legitimitätstheorie*, Wiesbaden 2013, S. 22.

»Goldstandard für Legitimität«.¹⁸ Seit den 2000er Jahren hat sich eine eigenständige Autoritarismusforschung von der frühen Demokratisierungsforschung etabliert.¹⁹ Zurecht verweist diese auf die Notwendigkeit einer Analyse autokratischer Legitimationsstrategien, um deren Systemstabilität erklären zu können.²⁰ Das Verhältnis von normativer und empirischer Legitimitätsforschung ist allerdings kein unversöhnliches: Dem empirischen Legitimitätsglauben der Bevölkerung liegt stets eine normativ-theoretische Legitimitätsvorstellung zugrunde.²¹ Diese darf jedoch nicht *ex ante* aus der Perspektive der Forschenden ermittelt werden, sondern stellt ein intersubjektiv-soziales Konstrukt innerhalb der jeweiligen Bevölkerung dar. Jene normative Rechtfertigung von Herrschaft wurde zwar in der Literatur beschrieben²², aber noch nicht ausreichend erforscht.²³

Neben der Untersuchung des Legitimitätsniveaus eines politischen Regimes (politische Legitimität als Herrschaftsziel) sind die Bemühungen der politischen Entscheidungsträger, ihre Machtausübung als im Einklang mit Legitimitätsanforderungen darzustellen, d.h. Legitimationsstrategien (*Prozess*), ein relevanter Forschungsgegenstand. Während Regierungen in demokratischen Systemen in der Regel in Konkurrenz zu anderen (politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, etc.) Diskursteilnehmern ste-

- 18 Allen Buchanan / Robert O. Keohane, »The Legitimacy of Global Governance Institutions« in: *Ethics & International Affairs* 20, Nr. 4 (2006), S. 405–437, S. 415.
- 19 André Bank, »Die neue Autoritarismusforschung: Ansätze, Erkenntnisse und konzeptionelle Fallstricke« in: Holger Albrecht / Rolf Frankenberger (Hg.), *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden 2010, S. 21–36.
- 20 Oliver Schlumberger: »Authoritarian Regimes« in: *Oxford Handbooks online*, Dezember 2017. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780199935307.013.18, S. 8–9; einige Beispiele sind: Honorata Mazepus / Wouter Veenendaal / Anthea McCarthy-Jones / Juan Manuel Trak Vásquez, »A comparative study of legitimation strategies in hybrid regimes« in: *Policy Studies* 37, Nr. 4 (2016), S. 350–369; Steven Heydemann / Reinoud Leenders, »Authoritarian Governance in Syria and Iran. Challenged, Reconfiguring, and Resilient« in: Dies. (Hg.), *Middle East Authoritarianism. Governance Contestation and Regime Resilience in Syria and Iran*, Stanford 2013, S. 1–31, S. 7ff.; Stefan Würster / Steffen Kailitz, »Legitimationsstrategien von Autokratien. Befunde und Perspektiven der Forschung« in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 11, Nr. 2 (2017), S. 349–363.
- 21 Timm Beichelt, »Von der Folgebereitschaft zum Legitimitätsglauben. Großereignisse des Sports in Autokratien« in: Aurel Croissant / Sascha Kneip / Alexander Petring (Hg.), *Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel*, Wiesbaden 2017, S. 527–544, S. 534.
- 22 David Beetham, *The Legitimation of Power*, 2. Auflage, Basingstoke 2013; Peter Graf Kielmansegg, »Legitimität als analytische Kategorie« in: *PVS* 12, Nr. 3 (1971), S. 367–401.
- 23 Christian von Haldenwang, *Measuring legitimacy – new trends, old shortcomings?* DIE Discussion paper No. 18, Bonn 2016, S. 27; einige Ausnahmen umfassen: Muthia Alagappa, *Political legitimacy in Southeast Asia. The quest for moral authority*, Stanford 1995, S. 179; Heike Holbig, »Ideology after the end of ideology. China and the quest for autocratic legitimation« in: *Democratization* 20, Nr. 1 (2013), S. 61–81; Scott Spehr / Nargis Kassenova, »Kazakhstan: Constructing identity in a post-Soviet society« in: *Asian Ethnicity* 13, Nr. 2 (2012), S. 135–151; Marianne Kneuer, »Legitimation beyond ideology. Authoritarian regimes and the construction of missions« in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 11, Nr. 2 (2017), S. 181–211; Niblock, Saudi Arabia: Power, Legitimacy and Survival, aaO. (FN 5), S. 8–9; Schlumberger, Opening Old Bottles in Search of New Wine, aaO. (FN 10).

hen, sind autokratische Regime in der Lage, den öffentlichen Raum zu verengen und Diskurse über die politische Legitimität zu dominieren.²⁴ Vor diesem Hintergrund ist der vielfach postulierte Legitimitätsvorsprung von Demokratien in Frage zu stellen.²⁵ Insofern erscheint die Analyse von Legitimation besonders fruchtbar, um Erkenntnisse über stabilisierende Prozesse in Autokratien zu gewinnen. Folglich fokussiert unser Beitrag auf die legitimatorischen Bemühungen des saudischen Regimes.

Das Königreich Saudi-Arabien steht vor Herausforderungen, die nicht allein durch den Output der Rentier-Ökonomie bewältigt werden können: Arbeitslosigkeit, Diversifizierung der Wirtschaft, Bevölkerungswachstum, die ungeklärte Rolle der nicht-saudischen Gastarbeiter und dynastieinterne Unstimmigkeiten umschreiben nur einige Probleme des saudischen Staatswesens, an derer erfolgreichen Bearbeitung die Legitimität des Regimes gemessen wird.²⁶ Hinzu kommen religiöse Herausforderungen wie islamische Oppositionsgruppierungen, islamisch-motivierter Terrorismus oder die fehlende Integration der schiitischen Bevölkerung.

Der Umstand, dass das saudische Regime explizit keine demokratischen Ansprüche an seine politische Ordnung erhebt, stellt auch unter Autokratien einen Sonderfall dar. Stattdessen spielen identitär-legitimatorische Strategien eine bedeutende Rolle für den Herrschaftserhalt der Monarchie. Diese umfassen erstens den (nicht nur nationalen) religiösen Leitanspruch des saudischen Wahhabismus, zweitens einen tribalen Führungsanspruch und das Aufrechterhalten von Stammesloyalitäten in modernem Staatengewand (Neo-Traditionalismus) sowie drittens die Konstruktion von Feindbildern zur Abgrenzung des (»guten«) Eigenen von einem (»bösen«) Anderen (im Folgenden als *Othering* bezeichnet). Konkret handelt es sich hierbei um die Dämonisierung Irans, des regionalen Konkurrenten um die Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten.

Dabei sind die drei Säulen nicht statisch und isoliert. So wird das iranische Feindbild mit religiösen Komponenten (antschiitische Ressentiments) verbunden. Strategien dieses ideellen Identitätsmanagements können sich gegenseitig beeinflussen und verstärken. Darüber hinaus können sie zur diskursiven Verstärkung anderer Legitimationsstrategien dienen. So berührt die Bezugnahme auf eine gesteigerte schiitisch-iranische Bedrohung die Erfolge des Regimes bei der Bereitstellung des öffentlichen Gutes Sicherheit (Output-Legitimation).

Diesen drei Elementen ist dabei nicht nur eine nationale Komponente inhärent. So wird inzwischen die internationale Dimension von Legitimität und Legitimation stär-

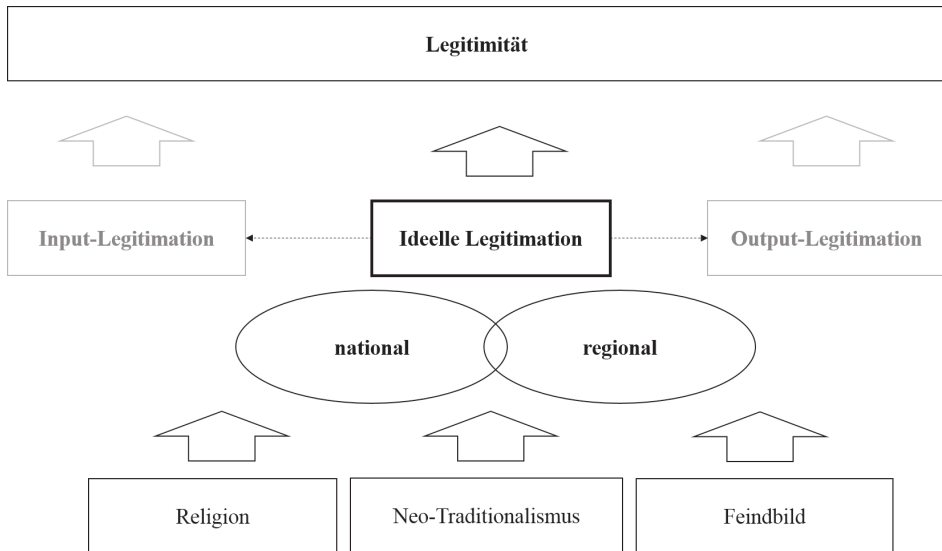
24 Alexander Dukalskis, *The Authoritarian Public Sphere: Legitimation and Autocratic Power in North Korea, Burma and China*, London 2017; Mariya Y. Omelicheva, »Authoritarian legitimation. Assessing discourses of legitimacy in Kazakhstan and Uzbekistan« in: *Central Asian Survey* 35, Nr. 4 (2016), S. 481–500.

25 Dazu auch Aurel Croissant, »Legitimationsvorteil der Diktatur?« in: Ders. / Sascha Kneip / Alexander Petring (Hg.), *Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit: Festschrift für Wolfgang Merkel*, Wiesbaden 2017, S. 545–567; bereits Schlumberger, *Opening Old Bottles in Search of New Wine*, aaO. (FN 10), S. 236.

26 Thomas Demmelhuber, »The Gulf Monarchies: State-building, Legitimacy and Social Order« in: Eberhard Kienle / Nadine Sika (Hg.), *The Arab Uprisings. Transforming and Challenging State Power*, London 2015, S. 95–113, S. 101f.

ker betont:²⁷ Außenpolitische Erfolge können zum Legitimitätsverlust im Inland beitragen und Misserfolge überdecken. Ideelle Legitimationsstrategien werden auch bewusst im regionalen Kontext eingesetzt (Abb. 1). Dieses gilt besonders für die Säule des *Defining Other*: Die Definition einer kollektiven Identität erfolgt vor allem durch Abgrenzung nach außen. Ihre Salienz kann sich durch Außendruck (bspw. Wahrnehmung einer Gefahr) verstärken.²⁸

Abbildung 1: Strategien ideeller Legitimation in Saudi-Arabien



(eigene Darstellung)

Eine Analyse dieser legitimatorischen Instrumente für den Fall Saudi-Arabien steht bisher aus. Nur partiell wurde abseits (materieller) performativer Argumentationen darauf verwiesen, dass die saudische Legitimation auf einem religiösen und tribalen Fundament beruht.²⁹ Dies spiegelt sich auch in den Titeln des Königs wider: Er vereint in seiner Person die Funktionen des obersten Klerikers des Wahhabismus und gleichzei-

27 Bert Hoffmann, *The International Dimensions of Authoritarian Legitimation: The Impact of Regime Evolution*, GIGA Working Paper No. 182, Hamburg 2011; Heike Holbig, »Die Globale Finanzkrise in China. Nationale und internationale Dimensionen der Legitimität autoritärer Herrschaft« in: Holger Albrecht / Rolf Frankenberger (Hg.), *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden 2010, S. 227-249; Kneuer, Die Suche nach Legitimität, aaO. (FN 10).

28 Gert Pickel, »Die kulturelle Verankerung von Autokratien. Bestandserhalt durch ideologische Legitimationsstrategien und ökonomische Legitimität oder Demokratisierung?« in: Steffen Kailitz / Patrick Köllner (Hg.), *Autokratien im Vergleich*, PVS Sonderheft 47, Baden-Baden 2013, S. 181-209, S. 183.

29 Tim Niblock, Saudi Arabia: Power, Legitimacy and Survival, aaO. (FN 5), S. 8f.; Holger Albrecht / Oliver Schlumberger, »Waiting for Godot. Regime Change without Democratiza-

tig des obersten Stammesführers (*imam al-iwabbabiyya* und des *shaykh al-mashayy-ikh*).³⁰ Neben diesen offenkundig religiösen und tribalen Legitimationsquellen sehen wir eine identitätsstiftende Komponente in der bewussten Ablehnung gegenüber den Leitvorstellungen des Irans: der zweiten regionalen Großmacht und dem Antagonisten saudischen Einflusses.

3. Ansatzpunkte ideeller Legitimation Saudi-Arabiens

Wahhabismus als Staatsreligion

Die Rolle der Religion für die Legitimation der Herrschaft der Al Sauds stellt unter den Golfmonarchien ein distinktives Merkmal dar.³¹ Das Bündnis der heutigen Herrscherfamilie mit dem religiösen Führer Muhammad ibn Abd al-Wahhab und seinen Anhängern im 18. Jahrhundert begründete für beide Seiten eine Erfolgsgeschichte: Erstgenannte nutzte die Religion als ein zusätzliches Legitimationsmittel, das sich von den tribalen und militärischen Ressourcen anderer lokaler Herrscher unterschied und eine Expansion ermöglichte. Der erkonservativ-sunnitische Wahhabismus konnte dem Schicksal einer verfolgten Sekte entgehen und im Bündnis mit der weltlichen Herrschaft florieren.³² Diese frühe »Symbiose« besteht bis heute fort und wird erfolgreich durch das moderne Herrscherhaus kooptiert: Die Al Saud betrachten sich nicht einfach als Herrscher eines in den 1930er Jahren aus britischem Kalkül entstandenen Staates, sondern als die legitimen Nachfolger einer alten Dynastie von Eroberern im Dienste eines wahren Islam.³³ Bis heute leitet sich die legitimatorische Grundidee Saudi-Arabiens aus dem Koran und der Tradition des Propheten (*sunna*) ab, welche im ersten Artikel des sogenannten saudischen Grundgesetzes (*al-nizam al-asasi li-l-hukm*), die ausdrücklich keine Verfassung (*dustur*) darstellen soll, fest verankert ist.

Dabei zeigte sich bereits unter der Regentschaft des Staatsgründers König Abdulaziz (nachfolgend auch: Ibn Saud), dass die durch Ölfunde beschleunigte Modernisierung des saudischen Staates nicht ohne weiteres mit den Lehren des konservativen Wahhabismus vereinbar war. Die staatlichen Neuerungen (*bid'a*) waren aus religiöser Perspektive unzulässig. Bereits Ibn Saud musste sie durch Kleriker (*ulama*) legalisieren lassen. Nevo hat die konfliktreiche Umdeutung des Wahhabismus in eine Staatsreligion im Dienste der Herrscherfamilie zusammengefasst:

tion in the Middle East« in: *International Political Science Review* 25, Nr. 4 (2004), S. 371–392; Joseph Nevo, »Religion and National Identity in Saudi Arabia« in: *Middle Eastern Studies* 34, Nr. 3 (1998), S. 34–53.

30 Nevo, Religion and National Identity in Saudi Arabia, aaO. (FN 29), S. 45.

31 Beetham, The Legitimation of Power, aaO. (FN 22), 193ff. Zwar ist auch Katar wahhabitisch geprägt, allerdings beansprucht nur Saudi-Arabien für sich die Führungsrolle der sunnitischen Muslime.

32 Nevo, Religion and National Identity in Saudi Arabia, aaO. (FN 29), S. 36ff.

33 Interview Riad, November 2016.

»These religious leaders who formerly had been responsible for encouraging and strengthening the Islamic faith in the spirit of the uncompromising Wahhabism, were now required to function as state agents and to check manifestations of religious radicalism. They had to explain and justify secular reforms and changes, against which they used to preach constantly in Islamic terms.«³⁴

Die saudische *ulama* wurde de facto zu Staatsbediensteten und zur Legitimationsquelle staatlicher Handlungen bzw. Neuerungen durch *fatwas*.³⁵ Dadurch ergibt sich eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen wahhabitischen Geistlichen und der saudischen Regierung: Die Geistlichen werden zum Legitimationsinstrument staatlicher Herrschaft und dienen dieser letztlich. Gleichsam fördert die privilegierte Stellung des Klerus dessen Macht und Autorität – allerdings nur, solange dieser das Königshaus unterstützt. Die bürokratische Modernisierung Saudi-Arabiens hat das Monopol der *ulama* in der Auslegung der Scharia eingeschränkt, indem neben sogenannte Scharia-Tribunale weitere Gerichte traten. Durch die Institutionalisierung des Justizministeriums (1970) und des Rats der Höchsten Religionsgelehrten (1971), der den König in religiösen Fragen berät und das Regierungshandeln durch *fatwas* sanktioniert, hielt die Geistlichkeit mehr und mehr Einzug in die saudische Bürokratie. Exemplarisch sei hier auf die Familie Al al-Shaykh als Nachfolgedynastie Abd al-Wahhabs verwiesen, deren Mitglieder häufig hohe Ämter im saudischen Staat bekleiden.³⁶

Neben der engen Verbindung der *ulama* und der religiösen Verankerung als Grundgesetz nutzt der König seinen religiösen Herrschaftsanspruch als Legitimationsmittel: Seit 1986 trägt er den offiziellen Titel als »Diener der heiligen Stätten« (*khadim al-haramain al-sharifain*). Diese bewusst instrumentalisierte Terminologie kann als Versuch der Legitimationssteigerung auf nationaler und internationaler Ebene verstanden werden. Einerseits soll so die Glaubwürdigkeit unter Klerikern und religiösen Bevölkerungsgruppierungen untermauert werden. Zeitgleich handelte es sich um eine Reaktion auf die islamische Revolution im Iran 1979. Dessen theokratisches Selbstbild stellt Saudi-Arabiens religiösen Führungsanspruch in der Region in Frage.³⁷ Zur weiteren religiösen Legitimation verbreitet das Königreich die eigene Auslegung des Islam außerhalb des Landes, z.B. durch die Finanzierung anderer sunnitisch geprägter Länder sowie das Engagement in islamischen Organisationen wie der Organization of the Isla-

34 Nevo, Religion and National Identity in Saudi Arabia, aaO. (FN 29), S. 39.

35 Nevo, Religion and National Identity in Saudi Arabia, aaO. (FN 29), S. 41ff.; Aharon Layish, »Saudi Arabian Legal Reform as a Mechanism to Moderate Wahhabi Doctrine« in: *Journal of the American Oriental Society* 107, Nr. 2 (1987), S. 279–292, S. 288f.

36 So besetzt Abdulaziz bin Abdullah Al-Sheikh die Positionen des Großmuftis sowie stellvertretenden Justizministers und überwacht die Religionspolizei, vgl. Davidson, *After the Sheikhs*, aaO. (FN 14), S. 26.

37 Sebastian Sons, *Auf Sand gebaut. Saudi-Arabien – Ein problematischer Verbündeter*, Berlin 2016, S. 35. Das Jahr 1979 muss hierbei als maßgebliche Zäsur betrachtet werden, da nicht nur die externe Revolution im Iran, sondern auch die wochenlange Besetzung der heiligen Moschee in Mekka durch sunnitische Fanatiker das saudische Königshaus zu einer stärker religiös ausgerichteten Politik trieben, vgl. David Commins, *The Wahhabi Mission and Saudi Arabia*, London 2009, S. 163ff.

mic Conference.³⁸ Joseph Nevo argumentiert, dass über die Etablierung des Wahhabismus als Staatsreligion ein System kollektiver Normen implementiert wurde, das einer Art religiöser nationaler Identität entspricht, zu der auch der Gehorsam zum Königshaus gehört.³⁹ Tatsächlich hat das Haus Al Saud den »verstaatlichten« Klerus dazu genutzt, jegliche Kritik an den royalen Machthabern als unislamisch zu verdammen und damit Opposition und Reformbewegungen entgegenzutreten.⁴⁰

Das Spannungsverhältnis zwischen soziökonomischer und technischer Modernisierung einerseits und dem Anspruch eines traditionalistischen Islam andererseits führt immer wieder zu islamisch begründeter Opposition, die dem Regime eine zu liberale Religionsauslegung vorwirft. Ein potentielles Legitimitätsproblem für das Regime ist zudem der als exzessiv und korrupt wahrgenommene Lebensstil zahlreicher Prinzen der royalen Familie. Das Aufdecken von Korruption in den Medien war lange Zeit durch saudisch-wahhabitische Kleriker als unislamisch verboten worden.⁴¹ Das Herrscherhaus hat bisher eine Politik der harten Hand gegen eine islamisch motivierte Verweigerung ihres Alleinvertretungsanspruches verfolgt. Ein frühes Beispiel stellt die blutige Niederschlagung eines Aufstandes fundamentalistischer Beduinen Ende der 1920er Jahre dar, die sich diplomatischen Beziehungen zu »ungläubigen« arabischen Nachbarstaaten verwehrt. Religiöser Protest ging stets mit einer repressiven Antwort der saudischen Herrscher einher.⁴²

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde die saudische Zusammenarbeit mit den USA im Zweiten Golfkrieg Kernelement bedeutender Oppositionsströmungen im Königreich: Die Stationierung amerikanischer Truppen im Land der zwei heiligen Stätten des Islam beförderte erneute Zweifel an der muslimischen Glaubwürdigkeit der saudischen Herrscher. Teile der *ulama* äußerten ihren Unmut und forderten ein Rückbesinnen auf wahhabitische Werte. Einen Höhepunkt stellte der 1995 von Osama bin Ladens al-Qaida erklärte Krieg gegen das saudische Königshaus dar. Beeinflusst durch den verstärkten Druck der USA nach dem 11. September 2001 und infolge innerstaatlicher Terroranschläge ließ das saudische Regime die al-Qaida durch ranghohe *ulama* verurteilen und begann, den saudischen Teil des Terrornetzwerkes zu zerschlagen. Die Ächtung islamistischen Terrorismus, namentlich al-Qaidas und seit kurzem des sogenannten Islamischen Staates (IS), folgt der Strategie einer religiösen Diskurshoheit: Zwar sind die Ideologien – insbesondere die des anti-schiitischen IS – durch den Wahhabis-

38 Khalid Al-Yahya / Nathalie Fustier, *Saudi Arabia as a Humanitarian Donor: High Potential, Little Institutionalization*, Berlin 2011.

39 Nevo, Religion and National Identity in Saudi Arabia, aaO. (FN 29), S. 46.

40 Madawi Al-Rasheed, »Saudi regime resilience after the 2011 Arab popular uprising« in: *Contemporary Arab Affairs* 9, Nr. 1 (2016), S. 13–26, S. 21f.

41 Al-Rasheed, Saudi regime resilience after the 2011 Arab popular uprising, aaO. (FN 40), S. 21; erstmals wurde eine breit angelegte Antikorruptionskampagne im November 2017 durch eine *fatwa* legitimiert, für einen Überblick siehe: Tobias Zumbrägel, »Antikorruptionskampagne in Saudi-Arabien. Geniestreich oder royaler Hochmut?«, 2017, <https://de.qantara.de/inhalt/antikorrupptionskampagne-in-saudi-arabien-geniestreich-oder-royaler-hochmut> (letzter Zugriff: 11.6.2018).

42 Nevo, Religion and National Identity in Saudi Arabia, aaO. (FN 29), S. 39.

mus beeinflusst, doch bezweifeln diese Terroristen die islamische Authentizität der saudischen Herrscher und gefährden deren Herrschaftsanspruch.⁴³

Bedeutsam ist das Spannungsverhältnis innerhalb des religiösen Identitätsmanagements: Zum einen ist der Rekurs auf die Religion als Fundament des Staates elementar, um besonders die Bindung der Schlüsselgruppe der *ulama* an das Herrscherhaus zu gewährleisten. Zum anderen stößt die über Jahrhunderte konservative Religionspraxis in einem auf Modernität und Globalisierung getrimmten Staat an ihre Grenzen. Mit Blick auf wachsende soziopolitische Herausforderungen halten verschiedene saudische Akteure die gegenwärtige Situation für kaum mehr tragbar. Gesetzgebungen wie das erst im September 2017 aufgehobene Fahrverbot für Frauen und die weiterhin erforderte Arbeitserlaubnis durch den Vormund der Frau verhinderten bislang eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.⁴⁴ Zudem wurde 2016 die General Authority for Entertainment gegründet, die im Auftrag des Herrscherhauses zahlreiche Konzerte und Filmvorführungen durchführte. Im April 2018 veranstaltete sie die erste Kinovorstellung seit über 30 Jahren. Führende Kleriker wiesen zwar auf die Unsittlichkeit derartiger Veranstaltungen hin, doch blieb der Widerstand bisher moderat.⁴⁵ Eine Reihe herrschaftspolitischer wie sozioökonomischer Reformen, die der derzeitige Kronprinz Mohammed bin Salam angekündigt hat, dürften konservative Kreise innerhalb der *ulama* vor den Kopf stoßen.⁴⁶ Ihre zunehmende Begrenzung durch die saudischen Herrscher könnte daher künftig Konflikte erzeugen.

Neo-traditionelle Legitimation

Im 14. Jahrhundert entwickelte der Gelehrte Ibn Khaldun die These von der Wichtigkeit der (Bluts-)Verwandtschaft arabischer Stämme, die ein Gemeinschaftsgefühl (*asabiyya*) pflegen und die eigentliche Macht eines patrimonialen Herrschers darstellen.⁴⁷ Die Wahrung von Traditionen ist noch immer ein wichtiges Instrument zur Legitimati-

43 Ferner bildet auch die anti-westliche Orientierung der terroristischen Gruppierungen eine Abgrenzung zu dem praktizierten Wahhabismus, vgl. Commins, *The Wahhabi Mission and Saudi Arabia*, aaO. (FN 37), S. 185.

44 Interviews Riad, November 2016.

45 Ibrahim Al-Hatlani, »Saudi clerics keep mum about concerts in the kingdom«, 2017, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/02/saudi-arabia-religious-gender-mixing-music-concerts.html#ixzz4aFYk1ed2> (letzter Zugriff: 9.6.2018).

46 Vgl. dazu auch Tobias Zumbrägel, »Wo Interesse und Ideologie kollidieren: Die neue saudisch-israelische Allianz«, 2018, <http://www.alsharq.de/2018/mashreq/israel/wo-interesse-und-ideologie-kollidieren-die-neue-saudisch-israelische-allianz/> (letzter Zugriff: 11.6.2018); Miriam Bohn / Erik Vollmann / Tobias Zumbrägel, »Abenteuer am Golf: Saudi-Arabiens Wandel unter den Salmans« in: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 67, Nr. 2 (2018), S. 167-173.

47 Albert Hourani, *Die Geschichte der arabischen Völker. Weitererzählt bis zum Arabischen Frühling von Malise Ruthven*, Frankfurt am Main 2014, S. 19f.; Nouredine Jebnoun, »Introduction: Rethinking the Paradigm of ›Durable‹ and ›Stable‹ Authoritarianism in the Middle East« in: Ders. / Mehrdad Kia / Mimi Kirk (Hg.), *Modern Middle East Authoritarianism. Roots, Ramifications, and Crisis*, London/New York 2013, S. 1-24, S. 3.

on sozialer Ordnung in den Golfmonarchien.⁴⁸ Traditionen umfassen, anders als Gewohnheiten, Brauchtum oder Sitten, »konventionalisierte Regelmäßigkeiten und Formen von übertragener Sinnhaftigkeit des sozialen Handelns einer Gruppe.«⁴⁹ Die Golfmonarchien integrierten die tradierten Muster in die moderne Staatlichkeit. Es handelt sich somit um »neo-traditionelle Eigenschaften«.⁵⁰

Im Falle Saudi-Arabiens wirken sowohl der Rückgriff auf verschiedene Traditionsmuster als auch das Wertefühl der *asabiyya* als Stabilitätsfaktoren für die personelle Legitimation Ibn Sauds als Staatsgründer. Einerseits versuchte dieser, feindliche Familien und Stämme zu kooptieren, indem er Frauen oder Töchter seiner besiegten Feinde heiratete.⁵¹ Andererseits dienten seine Person und sein Wirken dem Aufbau wirkmächtiger Narrative zur Etablierung einer saudischen Gemeinschaftsidentität; beispielsweise durch die Bezugnahme auf die (Rück-)Eroberung Riads durch Ibn Saud und eine geringe Anzahl von Kriegern.⁵² Erstens stellt bereits die Erzählung als solche einen Heldenmythos dar, der Anknüpfungspunkte für die Entwicklung eines Nationalbewusstseins lieferte. Zweitens wird damit die Praxis einer Alimentierung der Nachfahren der treuen Soldaten aus Ibn Sauds Schlachten begründet: Loyalität gegenüber den Al Sauds wird glorifiziert und gleichsam der Anspruch einer ewigen saudischen Regentschaft erhoben. Drittens dient die Geschichte als Gründungsmythos der Nationalgarde Saudi-Arabiens, die unabhängig von den regulären Streitkräften aus Stammeseinheiten aufgebaut wurde und als besonders loyal gilt.⁵³

Der Bezug dieser tribal fundierten Tradition und der Konstruktion eines Gründungsmythos als Legitimationsstrategie zur Herrschaftssicherung des Regimes ist naheliegend: »Ohne die Königsfamilie ist eine saudische Identität undenkbar.«⁵⁴ Die Einheit von Regime und Staat bewahrt demnach die staatliche Ordnung vor einem Kollaps. Allerdings bedeutet die Instandhaltung der Dynastie durch die Größe der Königsfamilie eine dauernde Belastung. Bereits 2015 kündigte die Berufung Mohammed bin Nayefs zum Kronprinzen einen Generationswechsel im Herrscherhaus Al Saud an, der mit der »Beförderung« des jungen Königssohns Mohammed bin Salman zum

48 Demmelhuber, *The Gulf Monarchies*, aaO. (FN 26), S. 104ff.

49 Thomas Demmelhuber / Tobias Zumbrägel, »Legitimität und politische Herrschaft: ein historischer Längsschnitt im Lichte der arabischen Umbrüche seit 2011« in: Thomas Demmelhuber / Axel Paul / Maurus Reinkowski (Hg.), *Arabellion. Vom Aufbruch zum Zerfall einer Region?*, Baden-Baden 2017, S. 47–65, S. 58.

50 Derichs / Demmelhuber, *Monarchies and Republics, State and Regime, Durability and Fragility in View of the Arab Spring*, aaO. (FN 14), S. 190.

51 Madawi Al-Rasheed, »Modernizing Authoritarian Rule in Saudi Arabia« in: *Contemporary Arab Affairs* 2, Nr. 4 (2009), S. 587–601, S. 594f.

52 Bandar O. Nahil Al Harbi, *Saudi Arabia National Guard (Sang)*, USAWC Military Studies Program Paper, Carlisle 1991, S. 3ff.; Paul Aarts / Carolien Roelants, *Saudi Arabia: A kingdom in peril*, Oxford 2015, S. 8.

53 Al Harbi, *Saudi Arabia National Guard (Sang)*, aaO. (FN 52), S. 3ff; Yousif Makki, »Not what it seems: the role of the tribe in state–society relations in Saudi Arabia« in: *Contemporary Arab Affairs* 4, Nr. 4 (2011), S. 445–462, S. 458f.

54 Sons, *Auf Sand gebaut*, aaO. (FN 37), S. 73.

Thronfolger im Juni 2017 seinen vorzeitigen Höhepunkt erreichte.⁵⁵ Nach Ende der Regentschaft des derzeitigen Königs Salman bin Abdulaziz wird das Königsamt nicht mehr wie bisher ein Sohn des Staatsgründers, sondern einer seiner Enkel ausüben. Zwar gibt es mit dem Committee of Allegiance seit 2007 ein formalisiertes Gremium, das in Fragen der Thronfolge aktiv werden soll. Allerdings bleibt offen, ob dieses reibungslos arbeiten kann, wenn die Enkelgeneration um die Thronfolge ringt.⁵⁶

Ferner lässt sich erkennen, wie das saudische Regime und andere Monarchien das Stammessystem zur Legitimationssicherung auf nationaler Ebene instrumentalisierten: So wurden traditionelle tribale Interaktionsmuster zwischen Herrschenden und Beherrschten nicht einfach aufgegeben, sondern staatlich formalisiert und umgedeutet.⁵⁷ Zu den institutionell sichtbarsten Weiterentwicklungen dieser Prinzipien zählt die *majlis al-shura*, deren Mitglieder durch den König ernannt werden. Die bereits unter Ibn Saud ins Leben gerufene, damals allerdings weitgehend ungenutzte Konsultativversammlung wurde im Jahr 1992 durch ein neues Gesetz König Fahds reformiert.⁵⁸ Im Jahr 2013 berief König Abdullah erstmalig Frauen in den *Shura*-Rat und verfügte anschließend, dass künftig mindestens 20 % der Mitglieder des Rates weiblich sein müssen.⁵⁹ Die Zusammensetzung des Rates ist allerdings eher expertokratischer denn tribaler Natur: In den Räten dominiert eine akademische Ausbildung westlicher Prägung.

Eine weitere Tradition, die einen Bezug zur tribal fundierten Zugänglichkeit zum saudischen Herrscherhaus aufweist, ist die Möglichkeit der Petitionsstellung. Diese ermöglicht es Mitgliedern der saudischen Bevölkerung zumindest formell, Reformvorhaben anzustoßen. Damit ist sie Ausdruck saudischer Interessenartikulation und -aggregation. Sie wurde in der vorstaatlichen Vergangenheit sowohl von Religionsgelehrten an die jeweiligen Herrscher als auch von beduinischen Stammesmitgliedern gegenüber ihren Emiren genutzt und hat somit religiöse wie traditionelle Wurzeln. Gleichzeitig wird durch die bittstellende Form die Autorität des Königshauses formal anerkannt. Exemplarisch sei auf die Petitionswelle liberaler und fundamentalistischer Kreise verwiesen, die Anfang der 1990er Jahre maßgeblich zur Verabschiedung des saudischen Grundgesetzes beitrug. König Abdullah reagierte im Jahre 2003 (damals noch als Kronprinz) ebenfalls auf eine von zahlreichen Intellektuellen verabschiedete Petition und begründete nationale Dialoge (*al-hiwar al-watani*).⁶⁰

Auf innersaudischer Ebene ist der Tribalismus aber auch ein Risikofaktor für die Al Saud, die ihre Herrschaft gegenüber anderen mächtigen Stämmen, beispielsweise aus

55 Bohn / Vollmann / Zumbrägel, Abenteuer am Golf, aaO. (FN 46).

56 Al-Rasheed, Modernizing Authoritarian Rule in Saudi Arabia, aaO. (FN 51), S. 597ff.

57 Demmelhuber, The Gulf Monarchies, aaO. (FN 26), S. 105ff.

58 Hertog, Princes, Brokers, and Bureaucrats, aaO. (FN 5), S. 52 und 140; Ulrike Freitag, »Einleitung: Ein Königreich Im Wandel?« in: Dies. (Hg.), *Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?*, Paderborn 2010, S. 9-28, S. 11.

59 Aarts / Roelants, Saudi Arabia: A kingdom in peril, aaO. (FN 52), S. 17 und 54; Middle East Monitor, »Saudi king to appoint more women to Shura Council«, 2016, <https://www.middleeastmonitor.com/20161117-saudi-king-to-appoint-more-women-to-shura-council/> (letzter Zugriff: 9.6.2018).

60 Freitag, Einleitung: Ein Königreich Im Wandel, aaO. (FN 58), S. 26ff.

dem Hijaz und der Ostprovinz, behaupten muss.⁶¹ Nach der Staatsgründung 1932 rekrutierte sich die politische und wirtschaftliche Elite vorwiegend aus dem bevölkerungsreichen Hijaz, vermutlich auch zum Zwecke der Befriedigung der wichtigen Region.⁶² Ab den 1960er Jahren umwarb König Faisal andere Stämme mit materiellen und politischen Anreizen: So initiierte die saudische Regierung spezielle »tribale Stipendien«, zudem nahm sie viele Stammesangehörige in die Nationalgarde auf. Trotz dieser Kooptation blieb eine tribale Identität bestehen. Dies äußert sich beispielsweise in der bis heute andauernden Existenz eines beduinischen Gewohnheitsrechts (*urf*).⁶³

Über das Staatsgründungsnarrativ und die mit ihm verbundene Sicherung der Al Sauds bleibt die Bedeutung tribaler Legitimation also von unmittelbarer Relevanz. Diese Identitätsbildung bleibt jedoch nicht exklusiv auf territoriale Grenzen beschränkt: Unzählbare Verbindungen von Familien und Stämmen über die Ländergrenzen hinaus stärken dieses Bewusstsein.⁶⁴ Verschiedene Herrscherfamilien in den jeweiligen Golfmonarchien berufen sich auf enge traditionelle Verbindungen untereinander. Dies kann informelle oder kollektive Entscheidungsprozesse wie im Golfkooperationsrat vereinfachen. So hat eine der einflussreichsten Familien Katars, die al-Madeed als Nachkommen der Banu Tamim, ihren Ursprung in der saudischen Zentralregion des Najd, dem Kernland der Al Saud.⁶⁵ Aus derselben Region stammt die bahrainische Herrscherfamilie Al Khalifa. Dies trägt zum engen Bündnis zwischen Saudi-Arabien und Bahrain bei. Darüber hinaus gibt es Indizien dafür, dass mehrere Tausend Saudis, welche auch über eine kuwaitische Staatsbürgerschaft verfügen, bei Wahlen in Kuwait die Grenzen überqueren, um für eine Berücksichtigung saudischer Interessen im Parlament (*majlis al-umma*) abzustimmen. Ferner treten salafistische und tribale »Fraktionen« im kuwaitischen Parlament auf Basis gemeinsamer religiöser und tribaler Verbindungen für die Interessen Saudi-Arabiens ein.⁶⁶ Saudische Staatsoberhäupter bedienten sich folglich stets neo-traditioneller Legitimationsstrategien, die auch über die Staatsgrenzen hinaus als Grundpfeiler ihrer Herrschaft wirkten.

Defining Other: Feindbild und Identität

Als identitätsstiftendes Element muss neben den »klassischen« Säulen von Religion und Tradition auch die Abgrenzung zu Feinden gelten. Als *Defining Other* des König-

61 Interviews Riad, März 2017.

62 Freitag, Einleitung. Ein Königreich Im Wandel?, aaO. (FN 58), S. 20.

63 Hertog, Princes, Brokers, and Bureaucrats, aaO. (FN 5), S. 80ff.; Sebastian Maisel »Tribes and the Saudi Legal System: An Assessment of Coexistence« in: The Middle East Institute (Hg.): *The Kingdom of Saudi Arabia, 1979-2009: Evolution of a Pivotal State*, Washington D.C. 2010, S. 50-53.

64 Interviews Riad, November 2016.

65 Mehran Kamrava, »State-Business Relations and Clientelism in Qatar« in: *Journal of Arabian Studies* 7, Nr. 1 (2017), S. 1-27, S. 7.

66 Interviews Kuwait-City, Oktober 2017. Hier kann nur indirekt von Fraktionen gesprochen werden, weil Parteien in Kuwait verboten sind. Allerdings gibt es allgemein bekannte Zuordnungen der politischen Ausrichtungen.

reichs Saudi-Arabien ist der Iran. Seit der islamischen Revolution 1979 versteht sich der Staat als schiitisch-fundamentale Regionalmacht und steht in direkter Konkurrenz zu Saudi-Arabien, das für sich eine Vormachtstellung und Schutzherrenfunktion unter den sunnitischen Staaten beansprucht. Der Wahhabismus begreift Schiiten nicht als Muslime, sondern als Ketzer. Zwar schürten sunnitische Entscheidungsträger wie der jordanische König bereits Mitte der 2000er Jahre Ängste vor einer schiitischen Machtachse⁶⁷, aber insbesondere seit dem sogenannten Arabischen Frühling hat Riad das iranische Feindbild wiederentdeckt. Die Proteste in den schiitisch geprägten Ostgebieten waren umfangreicher und langwieriger als in anderen Teilen Saudi-Arabiens. Entsprechend größer war die Härte der saudischen Intervention.⁶⁸ Das Regime diskreditierte die Reformforderungen der saudischen Schiiten als iranische Propaganda, sodass diese unter Sunniten keine Unterstützung fanden. Besonders kritisch sah das saudische Königshaus darüber hinaus die Entspannungspolitik zwischen den USA und dem Iran im Zuge des Atomabkommens 2015. In Syrien und im Jemen prallen die Positionen der Opponenten in Stellvertreterkonflikten direkt aufeinander.⁶⁹ Gerade die Intervention im Jemen diene nicht nur zur Profilierung des jetzigen Thronfolgers bin Salman, sondern auch zur Vereinigung liberaler und islamistischer Kritiker hinter dem saudischen Regime als Bewahrer der nationalen Interessen.⁷⁰

Daher betonen saudische Entscheidungsträger kontinuierlich das Narrativ der iranisch-schiitischen Bedrohung: So verglich Kronprinz Mohammed bin Salman den obersten iranischen Gelehrten erst im Frühjahr 2018 mit Adolf Hitler.⁷¹ Für die schiitische Bevölkerungsminderheit Saudi-Arabiens, die sich in der ölreichen Ostprovinz konzentriert (hier stellt sie die Mehrheit), ist dieses Feindbild gefährlich: Ohnehin politisch und sozioökonomisch benachteiligt, wird sie der Kollaboration mit dem iranischen Regime verdächtigt. Tatsächlich gab es nach der islamischen Revolution im Iran 1979 schiitische Massendemonstrationen in den saudischen Ostgebieten (1980/1981), welche die saudische Regierung niederschlug. Besonders seit 2011 manifestiert sich diese *sectarianization* noch deutlicher.⁷² So wird die restriktive staatliche Zensur bei

67 So sprach König Abdullah II. bereits 2004 von einem »Schiitischen Halbmond« in der arabischen Welt.

68 Guido Steinberg, *Anführer der Gegenrevolution. Saudi-Arabien und der Arabische Frühling*, SWP-Studie S8, Berlin 2014, S. 10ff.

69 Ellinor Zeino-Mahmalat, »Saudi-Arabiens Rolle im Nahen Osten« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 64, Nr. 46 (2014), S. 41-47, S. 45f; Peter Salisbury, *Yemen and the Saudi-Iranian Cold War*, London 2015, <https://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/field/file/document/20150218YemenIranSaudi.pdf> (letzter Zugriff: 9.6.2018).

70 Al-Rasheed, *Saudi regime resilience after the 2011 Arab popular uprising*, aaO. (FN 40), S. 23.

71 Jeffrey Goldberg, »Saudi Crown Prince: Iran's Supreme Leader 'Makes Hitler Look Good'«, *The Atlantic*, 2.4.2018, <https://www.theatlantic.com/international/archive/2018/04/mohammed-bin-salman-iran-israel/557036/> (letzter Zugriff: 12.6.2018); Zumbrägel, *Wo Interesse und Ideologie kollidieren*, aaO. (FN 46).

72 Neben einem primordialen und konstruktivistischen Verständnis von *sectarianism* gehen wir hier von einem instrumentalen Gebrauch aus, in dem Herrscher ethnische Konfliktlinien be-

anti-schiitischen Tweets von religiösen Klerikern flexibel auslegt.⁷³ Teilweise agieren sogenannte »King's men« auch direkt im Auftrag der saudischen Familie, um Kampagnen in den sozialen Medien gegen Iran bzw. Schiiten zu forcieren.⁷⁴ Darüber hinaus gibt es anti-schiitische Narrative in Form von *fatwas*, die über saudische Fernsehkanäle verbreitet werden.⁷⁵ Zu Beginn des Jahres 2016 keimte die Rivalität beider Staaten in Folge der Hinrichtung des populären schiitischen Geistlichen Nimr al-Nimr, der im Zuge der Protestwellen ab 2011 festgenommen worden war, wieder auf. Anschließend anti-sunnitische Aufstände erhoben sich im Iran und in anderen schiitisch geprägten Gebieten (v.a. in Bahrain). In Teheran wurde die saudische Botschaft angegriffen. Offiziell verurteilte die iranische Regierung diese Vorkommnisse, dennoch brach das saudische Regime die diplomatischen Beziehungen ab und kündigte die Einstellung des Flugverkehrs sowie jeglicher Handelsverbindungen mit Teheran an. Im Gegenzug führte der Iran ein Importverbot für saudische Waren ein.

Es zeigt sich, dass der Aufbau des Feindbildes Iran nicht nur ein an Bedeutung gewinnendes Element der Legitimationspolitik Saudi-Arabiens darstellt, sondern durch eine einheits- und identitätsstiftende Wirkung entfaltet: Zum einen fördert die Konstruktion des iranischen Feindbildes die nationale Identitätsstiftung durch eine klare Abgrenzung. Zum anderen lenkt der andauernde Konflikt von zunehmenden nationalen Herausforderungen (Probleme der Rentierstaatsfinanzierung, Partizipationsforderungen, etc.) ab: Darüber hinaus besitzt diese legitimatorische Strategie eine regionale Komponente. Besonders in der GKR-Intervention in Bahrain 2011 offenbarte sich das Kalkül des *Othering* als regionaler »normativer Kitt«, um Saudi-Arabiens Streben nach einem regionalen Führungsanspruch voranzutreiben.⁷⁶

Es war das Königreich, welches Iran als externen Aggressor hinter den Protesten in der bahrainischen Hauptstadt Manama im März 2011 vermutete und diese Anschuldigung nutzte, um eine kollektive Antwort der GKR-Mitglieder – unter Verweis auf das gegenseitige Verteidigungsbündnis – zu rechtfertigen.⁷⁷ Der unter saudischer Führung initiierte Einmarsch am 14. März 2011 wurde unter dem Verbund der GKR-Militärmacht (Peninsula Shield Force) als »Solidaritätsakt« dargestellt, um dem Hilfesuch des Kronprinzen Bahrains nachzukommen. In einer offiziellen Stellungnahme recht-

wusst für den eigenen Machterhalt manipulieren, siehe dazu auch Nader Hashemi / Danny Postel (Hg.), *Sectarianization. Mapping the new politics of the Middle East*, London 2017, S. 6.

73 Geneive Abdo, *The new sectarianism. The Arab uprisings and the rebirth of the Shi'a-Sunni divide*, New York 2017.

74 Orit Perlov / Yoel Guzansky, *The Social Media Discourse in Saudi Arabia: The Conservative and Radical Camps are the Dominant Voices*, INSS Insight No. 511, Tel Aviv 2014, <http://www.inss.org.il/publication/the-social-media-discourse-in-saudi-arabia-the-conservative-and-radical-camps-are-the-dominant-voices/> (letzter Zugriff: 9.6.2018); Yoel Guzansky, *The Arab Gulf States and reform in the Middle East. Between Iran and the »Arab Spring«*, Basingstoke 2015, S. 115.

75 Al-Rasheed, Saudi regime resilience after the 2011 Arab popular uprising, aaO. (FN 40), S. 23.

76 Interviews Riad, November 2016 und März 2017.

77 Interview Riad, März 2017.

fertigten die Golfmonarchien die Truppenentsendung als notwendige Maßnahme gegen externe Bedrohungen mit dem Ziel der Destabilisierung des Königreichs Bahrain. Parallel dazu wurde der Einmarsch von einer saudischen Medienkampagne begleitet, welche Teheran als treibende Kraft hinter den Protesten verurteilte.⁷⁸

Eine im Auftrag der International Crisis Group eingesetzte Untersuchungskommission kam allerdings zu der Erkenntnis, dass in Bahrain keine nennenswerte proiranische Militanz festzustellen war.⁷⁹ Saudi-Arabien fürchtete die Auswirkungen der Proteste auf die eigene schiitische Bevölkerung und wollte einen engen Partner vor dem Staatszerfall schützen.⁸⁰ Bereits einen Monat vor der Intervention gab das Innenministerium bekannt, dass die saudische Regierung eingreifen würde sobald die Situation außer Kontrolle gerate.⁸¹ Die kollektive Intervention unter dem Label des GKR folgte zum einen strategischen Erwägungen (Wirtschaftsinteressen, Wahrung internationaler Reputation und Glaubwürdigkeit) und stärkte zum anderen das Gemeinschaftsbewusstsein der GKR-Mitglieder (Ziel, das Erfolgsmodell der sunnitischen Monarchien zu bewahren).⁸²

Die saudische Legitimationsstrategie des *Otherring* umfasst nicht nur eine nationale, sondern auch regionale strategische Diffamierung des Iran: Seit 2016 haben eine Reihe weiterer sunnitischer Staaten, allen voran die Golfmonarchien Bahrain und die VAE, ihre diplomatischen Beziehungen zum Iran ganz oder teilweise abgebrochen. Der allgemein als *sectarization* bezeichnete Identitätskonflikt im Golf intensiviert sich.⁸³

Allerdings ist das Golfgefüge komplex. Der Golfkooperationsrat besteht aus sehr heterogenen Mitgliedern, die ihre eigenen Staatsinteressen verfolgen.⁸⁴ Insbesondere außenpolitisch tritt hierbei Oman als stärkster Antagonist Saudi-Arabiens in Erscheinung. Neben engen historischen Verflechtungen zum Iran sind es vor allem ökonomische und geopolitische Interessen wie die Sicherung der Straße von Hormuz, aufgrund derer das Sultanat entgegen der saudischen Gravitationskraft ein gutes Verhältnis zum Iran unterhält. Ferner ist Dubai auf Teheran als Handelspartner angewiesen und auch Katars Iranpolitik ist aufgrund der weiterhin ungeklärten Situation des gemeinsamen

78 Kneuer / Demmelhuber / Perresson / Zumbrägel, *Playing the regional card*, aaO. (FN 3).

79 International Crisis Group, *Popular Protests in North Africa and the Middle East III: The Bahrain Revolt, Middle East/North Africa Report No. 105*, Brüssel 2011, <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/bahrain/popular-protests-north-africa-and-middle-east-iii-bahrain-revolt> (letzter Zugriff 11.6.2018).

80 Mohammed Nuruzzaman, »Politics, Economics and Saudi Military Intervention in Bahrain« in: *Journal of Contemporary Asia* 43, Nr. 2 (2013), S. 363-378; Interviews Riad, November 2016.

81 Interviews Manama, November 2017.

82 Interviews Riad, November 2016 und März 2017.

83 Toby Matthiesen, *Sectarian Gulf. Bahrain, Saudi Arabia, and the Arab Spring that wasn't*, Stanford 2013; Henner Fürtig / Annette Ranko, »Durch die arabische Welt ein Riss: Im Nahen und Mittleren Osten verschieben sich die Gravitationszentren«, in: *Internationale Politik* 69, Nr. 2 (2014), S. 8-14.

84 Guido Steinberg, *Katar und der Arabische Frühling Unterstützung für Islamisten und anti-syrische Neuansichtung*, SWP-Aktuell Nr. 7, Berlin 2012, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A07_sbg.pdf (letzter Zugriff: 12.6.2018), S. 2.

größten Gasfeldes ›South Pars‹ moderater als die der anderen sunnitischen Golfmonarchien. Speziell die Golfkrise des Jahres 2017 zeigt eine legitimierende Wirkung der politischen und wirtschaftlichen Isolation Katars auf nationaler Ebene Saudi-Arabiens sowie unter den engen Verbündeten (besonders die VAE und Bahrain, aber auch Ägypten und Libyen). Eine saudisch geführte Einheitsfront am Golf ist aber nicht abzusehen. Im Gegenteil: die aggressive Politik Riads treibt Katar zunehmend in die Einflussphäre des Erzfeindes Irans und riskiert das Zerbrechen des Golfkooperationsrates.⁸⁵

4. Schlussfolgerungen

Saudi-Arabien nimmt in der Region des Nahen Ostens zunehmend eine Schlüsselposition ein. Nach dem verstärkten Rückzug internationaler Akteure, bemüht sich die größte Golfmonarchie, das Machtvakuum zu füllen. Allerdings steht das Königreich vor Problemen, die nicht ausschließlich durch Output-Legitimation zu lösen sind.

Umso wichtiger erscheint die Instrumentalisierung ideeller Legitimationsquellen zur Stabilisierung des saudischen Herrscherhauses. In dem vorliegenden Beitrag wurden drei zentrale Bereiche untersucht: (1) in Bezug auf die Bedeutung des Wahhabismus zu einer Staatsreligion, (2) die Fortbildung tribaler Interaktionsmechanismen unter dem Einfluss moderner Staatlichkeit und (3) die gemeinschafts- und identitätsfördernde Wirkung des Feindbildes Iran, der als politischer wie religiöser Gegenspieler wahrgenommen wird. Den Wechselwirkungen von nationalen und außenpolitischen identitätsbasierten Strategien ist besondere Beachtung zu schenken. In allen drei Bereichen ließen sich erfolgreiche Ansätze eines ideellen Identitätsmanagements nachweisen. Während die klassischen Säulen einer religiösen und neo-traditionellen Legitimation aufgrund wachsender sozioökonomischer Spannungen unter Druck geraten, gewinnt die Strategie des *Othering* besonders seit 2011 an Relevanz. Ungeachtet dessen ist festzuhalten, dass die identitätsstiftende Strategie des Feindbildes durchaus mit den anderen beiden Elementen verknüpft ist. So begleitet die Vorstellung des Irans als Antagonist Saudi-Arabiens eine religiöse Komponente, die in anti-schiitischen Diskursen zum Ausdruck kommt. Der Grat zwischen Legitimationssteigerung und Delegitimierungstendenzen ist allerdings schmal:

Die Feindschaft zum Iran hat zur nationalen Identitätsstiftung der saudischen Bevölkerung beigetragen, wenngleich die Folgewirkungen für die schiitische Minderheit Gefahren für das Regime bergen (z.B. in Form einer tatsächlichen Hinwendung zum Iran). Auf der regionalen Ebene manifestiert sich ein ähnliches Bild: Während einige Länder wie Bahrain und die VAE durch eine bewusst eingesetzte *sectarianization* ideell enger an Saudi-Arabien gebunden werden, kann eine zu proaktive Haltung, wie im Falle von Katar und bereits früher am Beispiel Oman, auch zu einer gegenläufigen

85 Al Jazeera, »Iran: Hassan Rouhani condemns ›sieg of Qatar‹«, 25.6.2017, <http://www.aljazeera.com/news/2017/06/iran-hassan-rouhani-condemns-sieg-qatar-170625174347048.html> (letzter Zugriff: 9.6.2018).

Entwicklung führen. Schlussendlich zeigt die Nutzung dieser Legitimationsstrategien die bereits von Kneuer betonte Überlappung von Output und Identität. So wird die affektive Komponente der Identitätsbildung durch konkrete, materielle Politikpraktiken (Institutionenaufbau, sicherheitspolitische Maßnahmen oder militärische, finanzielle und diplomatische Unterstützungen) verstärkt bzw. ergänzt.

Zusammenfassung

Dieser Artikel untersucht Legitimationsquellen autokratischer Systemkontexte jenseits (materieller) Performanzleistungen. Als konzeptionelle Grundlage von Legitimation, verstanden als analytische, prozesshafte Kategorie, dient hierbei Kneuers dreiteilige Unterscheidung von Input-, Output-Legitimation und Identität. Basierend auf diesem Verständnis diskutiert der Artikel die Frage nach der Identität als grundlegender Säule einer legitimatorischen Rechtfertigung von Herrschaft, die im arabischen Kontext nicht nur eine nationale, sondern auch eine regionale Dimension umfasst. Die empirische Fallstudie zu Saudi-Arabiens ideellem Identitätsmanagement offenbart, dass die Instrumentalisierung von »klassischen« Fundamenten der religiösen und tribalen Legitimationsstrategien zunehmend durch eine Komponente des Feindbildes ergänzt wird.

Summary

This article seeks to explore strategies of legitimation that go beyond material performance (output legitimation). As a point of departure, we define legitimation as an analytical, process-oriented category drawing on Kneuer's threefold differentiation of input-, output-legitimation and we-identity. By focusing on the latter, we conclude that ideational strategies of legitimation constitute an important pillar of political stability in authoritarian contexts and especially in the case of Saudi Arabia, which has not found much attention in scholarly work. We put further emphasis on the aspect that this attempt of identity management is not limited to the national state but oscillates with the surrounding countries on the Arabian Peninsula. Our case study of the Kingdom of Saudi Arabia reveals that the regime has gradually shifted from traditional identity-based narratives of religion and neo-traditional components to the strategy of *defining other* to legitimise the rule of the House Al Saud.

Erik Vollmann / Tobias Zumbrägel, Imagine »Us«: Ideational Identity Management as Legitimation Strategy in Saudi Arabia